



Pestalozzi-Fröbel-Verband e.V.
Turmstr. 67 ♦10551 Berlin ♦Tel. (030) 23 63 90 00
Fax (030) 23 63 90 02
E-Mail: pfv@pfv.info
<http://www.pfv.info>

Berlin, 22.8.2022

Stellungnahme des Pestalozzi-Fröbel-Verbandes zur Bekanntgabe der fehlenden Mittel im Bundeshaushalt 2023 für das Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ und damit verbunden dem Auslaufen der Förderung am 31.12.2022

In der Bundeskabinettsitzung am 01. Juli 2022 wurde das Aus des Bundesprogramms „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ beschlossen – diese Initiative wurde vom Bundesfamilienministerium mit unterschiedlichen Programmen (zuvor „Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration“) seit 2011 gefördert.

Aus dem zuständigen Referat des BMFSFJ erreichte die Träger, Einrichtungsleitungen sowie die zusätzlichen Fachkräfte und zusätzlichen Fachberatungen im Bundesprogramm am 11.7.2022 die Mitteilung über den Rückzug des Bundes aus der Finanzierung. Im Haushaltsentwurf für das Jahr 2023 sind keine Mittel für eine Fortsetzung des Bundesprogramms vorgesehen.

Im Schreiben wird darauf hingewiesen, dass die staatliche Aufgabenerfüllung im Bereich der Kindertagesbetreuung grundsätzlich in der Zuständigkeit der Länder liegt und nicht dauerhaft durch Förderprogramme des Bundes finanziert werden kann.

Im aktuellen Koalitionsvertrag Seite 96 heißt es allerdings dazu: „...wollen wir ...das Programm "Sprach-Kitas" weiterentwickeln und verstetigen.“ Zudem wird die Erarbeitung eines Qualitätsentwicklungsgesetzes mit den Ländern angestrebt, das ab 2025 gelten soll. Drei Fokusbereiche sind angekündigt: Verbesserung der Betreuungsrelation, Sprachförderung und ein bedarfsgerechtes Ganztagsangebot. Zielzeitpunkt der Gesetzesentwicklung: Ende der Legislaturperiode. Das ist aber derzeit nur ein schwacher Trost für die rund 6.900 Kitas und insbesondere die rund 7.500 zusätzlichen Fachkräfte, die mehr als 500.000 Kinder erreicht haben – wie soll an den Stand im Jahr 2025 angeschlossen werden?

Sicher ist es legitim, wenn der Bund die Verantwortung für die inhaltliche Ausgestaltung der thematischen Arbeit in den Ländern verortet. Einige Länder haben mit Weitsicht schon Landesprogramme aufgelegt.

Unsicher ist, wie schnell und wer die Verantwortung für die zusätzlichen Fachkräfte und Fachberatungen, fast 8000 zumeist weiblichen Fachkräfte im Feld früher Bildung, übernimmt und dafür Sorge trägt, dass die mit viel persönlichem Einsatz und Kreativität aufgebauten Ressourcen und Verbände nachhaltig genutzt werden.

„Im Fall von traditionellen Frauenarbeitsmärkten werden immer wieder Sonderwege gewählt, die Professionalisierung versprechen – wie das Bundesprogramm SprachKitas – und zum Schluss in eine „Sackgasse“ münden. Einrichtungsträger, Kommunen, Länder und Bund sollten die jetzige Empörung als Weckruf verstehen – Professionalisierung ist nicht im Projektmodus zu verorten“ - betont Anke König aus dem pfv-Vorstand vor dem Hintergrund des angekündigten Endes der Bundesförderung.

Nun sind die Länder aufgefordert, nach der Anschubfinanzierung der letzten Jahre selbst dafür einzustehen, dass die alltagsintegrierte Sprachförderung, die Kernaufgabe jeder guten Kita in Deutschland ist, weiter gestärkt wird.

Kitas in Deutschland, wie andere Bildungseinrichtungen auch, stehen aktuell vor besonderen Herausforderungen. In Anbetracht der Auswirkungen der Corona-Pandemie im Elementarbereich und der massiven zusätzlichen Herausforderungen, vor denen die Länder und die Kommunen im Zuge der Aufnahme von aus der Ukraine geflüchteten Familien stehen, ist die beabsichtigte Einstellung dieses Förderprogrammes eine folgenschwere Fehlentscheidung. Man erwartet und hofft, dass es den Kindergärten gelingt, trotz Fachkräftemangel dem Qualitätsanspruch auf besonders effektive alltagsintegrierte Sprachförderung gerecht zu werden. Vor diesem Hintergrund ist allein die Information über das Ende eines von allen Seiten geschätzten Programmes politisch fragwürdig. Die Fortführung dieses erwiesenermaßen erfolgreichen Programms muss dringend gesichert werden.

Der Pestalozzi-Fröbel-Verband fordert deshalb die politisch Verantwortlichen auf, im Bundeshaushalt 2023 gesonderte Mittel zur Förderung sprachlicher Bildung in Kindertagesstätten vorzusehen, unabhängig von den geplanten Ausgaben für ein Qualitätsentwicklungsgesetz und somit zusätzlich zu den geplanten 2 Mrd. Euro.

„In dem Wissen, dass sprachliche Kompetenzen einen erheblichen Einfluss auf den weiteren Bildungsweg haben und diese gerade für Kinder aus bildungsbenachteiligten Familien mit einem Mangel an Sprachanlässen in deutscher Sprache eine immense Bedeutung haben, muss es das Ziel sein, die notwendigen Mittel von 250 Millionen € in den nach der Sommerpause anstehenden Haushaltsverhandlungen weiterhin bereitzustellen und langfristig zu sichern“, betont pfv-Vorstandsmitglied Bettina Stobbe.